

Der Blick auf das Ganze – aber: von „wo“ gesehen?

Am 27.01.14 schrieb Markus Stölb auf der Internetplattform 16vor seine „Meinung: das große Ganze“ (vgl. 16vor, 27.01.14). Des näheren geht es ihm inhaltlich um „die Diskussion über die Westtrasse“ in Trier und um die „Versuchung“ (ebd.), in die die Kommunalpolitiker gestürzt werden könnten, wenn sie sich darauf einließen.

Seine Hauptaussage lautet: „(...) von Lokalpolitikern muss man erwarten, dass sie das große Ganze sehen“ (ebd.).

Denn: Seiner Meinung nach bietet sich durch eine zügige Umsetzung der Haltestellen auf der Westtrasse „eine realistische Chance, dass Land und Bund im großen Stil in die örtliche Schieneninfrastruktur investieren“ (ebd.). Diese potentielle Investitionsmöglichkeit von Bund und Land gilt es als Trierer Kommunalpolitiker zu sehen. Das also ist „das große Ganze“ (ebd.), von dem Herr Stölb meint, „man“ könne erwarten, dass es die Verantwortlichen im Stadtrat auch sähen.

Vor dieser Sichtweise eines klaren politischen Blickes eröffnet Herr Stölb nun aber bekannte Gegensätze, die ein Szenario eröffnen, das einer bloßen schwarz-weiß-Malerei gleicht. Hier führt er beispielsweise die Bedenken der Anwohner an, die eventuell das ambitionierte „Projekt auszubremsen“ (ebd.) versuchen, weil sie „zusätzlichen Lärm befürchten“ (ebd.), der aber nicht von der Hand zu weisen ist. Auf der anderen Seite stehen die sorgenvollen Kommunalpolitiker, die „ihre Abstrafung bei der nächsten Wahl befürchten“ (ebd.), wenn die dem Wählerwillen nicht entsprächen. Zudem bemerkt Herr Stölb, dass diese Sorge der Politiker „legitim“ (ebd.) sei. Wohingegen die „verständlichen Sorgen einzelner Anwohner“ (ebd.) in keinsten Weise von ihm gewürdigt werden, denn „als Bürger sollte ich nicht erwarten, dass Politiker mein Anliegen zum Non-plus-ultra erklären“ (ebd.).

Indem Herr Stölb aber diese ziemlich absurde Übersteigerung („mein Anliegen zum Non-plus-ultra erklären“) in seiner Wortwahl den politischen Bedürfnissen der Bürger/innen unterschiebt, die möglicherweise gute Gründe gegen eine Realisierung der Westtrasse haben, diskreditiert er ihr Anliegen von vorneherein, denn es gilt seine eigene Erfahrung: „allüberall trifft man Menschen, die ihr Anliegen zum alleinigen Maßstab machen“ (ebd.).

An dieser Stelle meint Herr Stölb, den politischen Übeltäter an sich erkannt zu haben! Es ist seiner Meinung nach der brave Bürgersmann, die seine ganze Zuversicht in die Verständnisfähigkeit der verschiedenen Kommunalpolitiker vor Ort setzt, und hofft, dass seine demokratisch legitimierte Vertreter/innen im Stadtrat auch SEINE Bedürfnisse (unter vielen anderen) – stellvertretend für ihn, den Bürger und Souverän – politisch vertritt.

Da hat der brave Bürgersmann sich aber gewaltig getäuscht! Denn Herr Stölb empfiehlt den gewählten Kommunalpolitikern in Trier, dass sie „die Interessen Einzelner sehr wohl ernst nehmen und sich dennoch aus guten Gründen (sic!) dagegen entschieden“ (ebd.).

Diese Haltung muss aber erstaunen. Zum einen hatten die Bürgersleute ja schon anerkanntermaßen (!) ihre auch für Kommunalpolitiker „verständlichen Sorgen“ (ebd.) zum Ausdruck gebracht, die aber nicht gewürdigt werden – weder von Herrn Stölb noch von den Stadträten -, weil die Vertreter/innen der Bürger/innen im Stadtrat nun plötzlich nicht mehr die Anliegen der Bürger/innen vor Ort vertreten sollen, weswegen sie eigentlich aber gewählt wurden, sondern urplötzlich – sozusagen weil sich die Gelegenheit bietet – den Blick auf „das große Ganze“ (ebd.) richten sollen. Ein Blick, der den beschränkt denkenden Bürger/innen vor Ort wohl abgeht.

Dagegen werden nun pseudopolitische Gründe – meistens aus Abgrenzungserwägungen verschiedener Parteien, die SICH behaupten wollen (!) – angeführt, wie beispielsweise die Möglichkeit „dass Bund und Land im großen Stil (...) investieren“ (ebd.). Da wäre „man“ ja dumm, wollte man dieses Geld nicht nach Trier mitnehmen! - So einfach ist das also „dennoch aus guten Gründen“ (ebd.) gegen die vermeintlich ernstgenommenen „Interessen Einzelner“ (ebd.) zu stimmen und ihnen dann noch das sau-gute Gefühl zu suggerieren, „man“ hätte sie als gewählter Kommunalpolitiker „sehr wohl ernst genommen“ (ebd.)!

Ja, „man trifft auf Menschen, die ihr Anliegen zum alleinigen Maßstab machen“ (ebd.). – Und das gilt vor allem auch für parteipolitisch gebundene Kommunalpolitiker, die ihren eigenen Kopf abgeben, sobald sie im Rudel im Stadtrat auftreten, um ohne Kopf kollektiv Verwaltungsvorlagen abzunicken, die den „Blick auf das Ganze“ voraussetzen – dabei aber die Anliegen der Bürger/innen vor Ort missachten. - Man kann aber nicht den Bürger/innen und dem Mammon zugleich dienen!

Das weiß auch Herr Stölb (- hoffe ich). Denn seine politische schwarz-weiß-Malerei erfindet Beispiele, denen man nichts entgegensetzen kann. So macht er allen ernstes gelten, dass einige Bürger/innen, die sich zum alleinigen Maßstab gemacht haben, „dass die Bewohner des Stadtzentrums und zentrumsnaher Straßen einer ungleich höheren Verkehrs- und damit Lärmbelastung ausgesetzt sind“ (ebd.) als andere Bewohner der Stadt Trier, die aber gleichzeitig – sich selbst zum alleinigen Maßstab gemacht – ihre „Brötchen“ (ebd.) nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad einkaufen gehen, sondern „die wenigen Meter“ (ebd.) mit dem Auto vorfahren müssen. Denn: „Im Einzelfall gibt es immer gute Gründe, den PKW zu nutzen“ (ebd.). –

Doch in der Tat: Im „Einzelfall“ gibt es tatsächlich „gute Gründe“ u.U. zu fahren! Diese „Einzelfälle“ sind für Herrn Stölb aber kommunalpolitisch nicht relevant, denn „es gibt oftmals auch bessere, über die eigene Bequemlichkeit hinausreichende Argumente, das Auto stehen zu lassen und sich umweltbewusst fortzubewegen“ (ebd.). Auch dieses Argument stimmt zweifellos. – Leider sind die Argumente aber so schlicht gewählt, dass man sich fragen muss, warum Herr Stölb vor seiner eigenen Argumentation nicht auch auf den Gedanken kommt, dass der große Blick auf das Ganze, den er von den Stadträten fordert, nicht auch so geartet ist, dass die vermeintliche Gier der Politiker/innen endlich mal etwas von „Bund und Land“ an Finanzen abzuzocken, darüber hinwegtäuscht, ob „das große Ganze“ (ebd.) denn nicht auch so – wie Herr Stölb in seinem eigenen Beispiel weiter oben angeführt hatte – einige Anwohner/innen „einer ungleich höheren Verkehrs- und damit Lärm- und Luftbelastung aussetzt“ (ebd.)? – Wenn dies aber zweifellos der Fall ist, dann ist zunächst überhaupt nicht einzusehen, warum diese „Belastung“ einiger Menschen in Trier, der vermeintlichen Gier einiger weniger Kommunalpolitiker im Stadtrat vorzuziehen ist?

Geht man davon aus, dass die Politiker ihre Ausgabe tatsächlich darin sehen, wie Herr Lintz in einem Kommentar (16vor., 24.01.14, „Da muss eine Linie rein“) eigens bemerkt, dass „die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (sic!)“ (ebd.) sollten, dann kann man ja nicht davon ausgehen, dass die Parteien oder Fraktionen im Stadtrat nun auf einmal den übergeordneten Blick aufsetzen, der ziemlich salopp über die Sichtweisen der Menschen vor Ort hinweggeht, nur weil man so schöne Sätze formulieren kann, die aber gänzlich hohl und nichtssagend sind, wie:

*„Ich ärgere mich kriminell, wenn ich mit Politikern rede, die im privaten Gespräch vernünftigen Argumenten absolut zugänglich sind, dann aber sagen: Das ist zwar richtig, aber ich kann es nicht vertreten, weil es meiner Klientel (je nach Bedarf und Thema: den Eltern, den Stadtteil-Lobbyisten, den Anwohnern, den Kulturfreunden, der Wirtschaft) an den Kragen geht. Und das kommt laufend*

vor“ (ebd.).

Da werden mal einfach in einer kurzen Klammer so ziemlich alle politischen Interessen und Bedürfnisse von normalen Bürgern vor Ort abgebügelt, so als wäre „ihr Anliegen zum alleinigen Maßstab gemacht“ (Stölb, ebd.).

Der von Herrn Stölb geforderte „Blick auf das Ganze“ würde sich aber gerade darin zeigen, wenn die gewählten Stadträte die von oftmals so genannten auswärtigen Experten ausgearbeiteten Verwaltungsvorlagen dahingehend abändern würden, dass „so verständlichen Sorgen“ (ebd.) der betroffenen Bevölkerung vor Ort ernst genommen und problemlösend in die Stadtratsbeschlüsse integriert wären, statt, wie Herr Stölb weiter oben anempfahl, sie zwar nur als reines Lippenbekenntnis vielleicht noch in einem „Ortsbeirat“ „sehr wohl ernst zu nehmen“ (ebd.), sich aber dann doch mit dem „großem Blick“ auf das vermeintlich Ganze im Stadtrat dagegen zu entscheiden. Ja, solche Heuchelei kommt in der Trierer Kommunalpolitik allenthalben vor. Und das leider nicht nur selten.

Diese Umstände sind umso ärgerlicher als Herr Rauls in einem weiteren Kommentar (16vor., 24.01.14, „Da muss eine Linie rein“), die sich alle um dieses Thema drehen, schrieb, dass es fahrlässig wäre, der Bevölkerung einen gemeinsamen politischen Willen zu unterstellen. Herr Rauls ausführlich zitiert:

*„Es gibt nicht DEN Wählerwillen. Ebenso gibt es nicht DEN Leserbrief-Schreiber bei 16vor. Es gibt den Rauls und den Jäger (kein Angriff gegen Sie). Aber sie alle haben ganz verschiedene Ansichten über die Welt und Demokratie und Wahlen und Pipapo. Und weil es so verschiedene Weltsichten gibt, gibt es auch so verschiedene Parteien. (Auch wenn die Parteien der politischen Mitte sich kaum noch unterscheiden. Das sehen die Parteigänger natürlich anders. Aber die sind auch nicht der Maßstab. Sie sind ohnehin parteiblink bis parteiborniert. Bestes Beispiel der Beitrag von Buchmann, der eine Verschwörung von 16vor feststellt.) Nur, darin liegt aber gerade das Problem des politischen Alltagsgeschäfts. Weil es DEN Wähler nicht gibt, kommen verschiedene Parteien mit unterschiedlicher Sicht auf die Wirklichkeit in die Parlamente. Und so sind Parteien und Politiker denn gezwungen, gerade diesem zersplitterten Bürgerwillen gerecht zu werden. Die Probleme der Politik am Augustinerhof wie auch in Berlin bestehen gerade darin, dass der uneinheitlich gewordene Bürgerwille klare Mehrheiten von Parteien mit großen Schnittmengen kaum noch entstehen lässt. Die Wirkungslosigkeit aktueller Politik liegt nicht darin, dass die Politiker zu dumm sind oder es ihnen an Demokratieverständnis mangelt. Es mangelt ihnen vielmehr an einer Bevölkerung, die sich noch als Gesellschaft versteht. Diese zerfällt zunehmend in Einzelinteressen, denen der Gesamt-Zustand der Gesellschaft immer mehr egal ist“ (ebd.). -*

Man kann mit Fug und Recht den letzten Schluss von Herrn Rauls in Frage stellen. Denn warum sollte es nur noch einen „zersplitterten Bürgerwillen“ (ebd.) geben, weil es – wie Herr Rauls meint – „an einer Bevölkerung (mangelt), die sich noch als Gesellschaft versteht“ (ebd.), so dass „diese in Einzelinteressen zerfällt, denen der Gesamt-Zustand der Gesellschaft immer mehr egal ist“ (ebd.)? –

Vielmehr könnte man auch vor den oben ausgeführten Überlegungen zu dem Schluss kommen, dass es an entsprechenden Kommunalpolitikern fehlt, die in der Lage sind, die von verschiedenen Bürger/innen – immer auch zu Recht! – geäußerten konkreten Bedürfnisse vor Ort, zu einem politisch Ganzen zu integrieren, so dass beispielsweise keine Baumaßnahme auf Kosten weniger Anwohner/innen durchgeführt werden muss, sondern eben weil die „so verständlichen Sorgen einzelner Anwohner“ (Stölb, ebd.) ernst genommen würden, übereinstimmend gelöst werden würden.

Denn das muss doch wohl die drei Herren erstaunen, dass nämlich in untergeordneten politischen Gremien, wie beispielsweise den „Ortsbeiräten“ die allermeisten Entscheidungen parteiübergreifend einvernehmlich getroffen werden, dann aber im Stadtrat als von Parteipolitik überlagerten gegenseitigen Abgrenzungsinteressen der Parteien und Fraktionen die Uneinigkeiten zu Tage treten und dann im nachhinein damit gerechtfertigt werden, es gäbe den „Blick auf das große Ganze“, den urplötzlich die Stadträte zu vertreten hätten, weshalb sie den zuvor geäußerten Bürgerwillen links liegen lassen müssten, so als gäbe es Zwänge von außerhalb, die es verhindern könnten, der eigenen „Gier“ zu erliegen und abzusahnen, weil „Bund und Land im großen Stil (...) investieren“ (ebd.) wollen. An dieser Stelle geben die Kommunalpolitiker das eigene Heft, zu Handeln, aus der Hand. Es macht hier keinen Unterschied, ob ein Privatunternehmen – wie die ECE – oder der Staat selbst – in Form von Bund und Land – Vorgaben machen, statt dass die Kommunalpolitiker/innen selbst entscheiden, wozu sie durch den Wählerwillen und - zwar eben auch von denjenigen Bürger/innen vor Ort - beauftragt wurden.

Hier zersplittert die Gesellschaft. Sie zerlegt sich aber nicht daran, dass die Vielfalt der „Einzelinteressen“ zu groß wäre oder daran, dass den Menschen die Gesellschaft egal wäre. Die Bürger/innen vor Ort können nichts anderes tun als ihre politischen Anliegen und Bedürfnisse zu artikulieren. Genau in diesem Tun sind sie politisch. Dagegen müssen Kommunalpolitiker, eben weil sie durch ihre explizite Parteigebundenheit eingeschränktermaßen nur an der politischen Willensbildung „mitwirken“, auf die konkreten Anliegen der Bürger/innen in besonderem Maße achtgeben, da sie sonst ihre legitimierte Aufgabe verfehlten, weil sich der nur eingeschränkte „Parteiwille“ verabsolutiert hätte. Mit anderen Worten: Die Parteien und Fraktionen dürfen ihre Anliegen und Sichtweisen nicht „zum alleinigen Maßstab machen“ (Stölb, ebd.), mit dem sie dann die legitimen Ansichten der Bürger/innen als egoistische abbügeln und demgegenüber einen völlig abstrakten übergeordneten Gesamtwillen im Rat etablieren! Zwischen Politiker/innen und Bürger/innen besteht also ein großer Unterschied in Bezug auf die politische Funktion, die eine öffentliche Äußerung von politischen Inhalten nach sie zieht. Die legitimen Ansichten der Bürger/innen dürfen von den Politiker/innen nicht zu geplant werden, sondern müssen sich in ihren Statements widerspiegeln. Ansonsten haben die Bürger/innen das Recht und die Pflicht, aufzustehen und zu sagen, dass die Parteien und Fraktionen eine völlig abgehobene Politik betreiben, die es zu verhindern gilt.

Insofern haben „die“ Politiker/innen in der Tat – wie Herr Stölb meint – „fortan zu schweigen“ (ebd.). Das werden sie aber nicht tun, in dem Sinne, wie Herr Stölb das in seinem Text empfiehlt. Denn nach Herrn Stölb sollten die Kommunalpolitiker deshalb schweigen, weil sie in Bezug auf den konträren Bürgerwillen „kalte Füße bekommen“ (Stölb, ebd.) haben und darum ihren Blick auf das große Ganze verraten, indem sie quasi vor dem Bürgerwillen einbrechen. Das ist eine Beschreibung der Welt, die auf dem Kopf steht.

Ja: Man müsse die Interessen der Bürger/innen ernst nehmen und nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. So heißt es nicht nur „allenthalben“ (Stölb, ebd.), wie Herr Stölb meint, sondern daran führt kein Weg vorbei, der noch einigermaßen „demokratisch“ soll heißen sollen. - Und dabei ist noch nicht einmal ein basisdemokratischer Gedanke in den Blick des Ganzen gekommen.